



## BID-Verbände: Wir wollen bauen!

**Berlin, 21. September 2018** – Die BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland bewertet den heutigen Wohngipfel als einen wichtigen Aufschlag für die dringend benötigte Wohnraumoffensive in Deutschland. Dass Bund, Länder und Kommunen gemeinsam mit der Bauwirtschaft, Immobilienwirtschaft und dem Deutschen Mieterbund im Bundeskanzleramt an einem Tisch nach Antworten auf die soziale Frage unserer Zeit – der Wohnungsfrage – ringen, könne durchaus als ein Meilenstein bezeichnet werden. Der Gipfel könne allerdings auch nur der Anfang bei der Umsetzung eines konkreten Aktionsplanes für mehr Wohnungsbau sein, den die Verbände der Immobilienwirtschaft von der Politik einfordern.

Für die von der Bundesregierung angekündigte Wohnraumoffensive mit 1,5 Millionen neuen Wohnungen in Deutschland in dieser Legislaturperiode wurde auf dem Wohngipfel ein Maßnahmenpaket vereinbart. Damit sollen investive Impulse für den Wohnungsbau gegeben, die Bezahlbarkeit des Wohnens abgesichert, Baukosten gesenkt und Fachkräfte gesichert werden. Die BID-Verbände sehen die als „Eckpunktepapier“ bezeichnete Vereinbarung als ein Papier mit Licht und Schatten.

Die Präsidenten der BID-Verbände:

**Jürgen Michael Schick, Präsident des Immobilienverbandes IVD, derzeit geschäftsführender Verband:**

„Die Politik darf den Mangel an Wohnungen nicht weiter nur verwalten, sondern muss den Mangel endlich beseitigen. Dazu liegen jetzt viele konstruktive Vorschläge für mehr Wohnungsneubau auf dem Tisch der Kanzlerin und des Bauministers. Die Bundesregierung und die Länder müssen jetzt zusammen mit den Kommunen die Kraft haben, sie tatsächlich

Die Mitglieder der BID:

**BFW** Bundesverband  
Freier Immobilien- und  
Wohnungsunternehmen

**DDIV** Dachverband Deutscher  
Immobilienverwalter

**GdW** Bundesverband deutscher  
Wohnungs- und  
Immobilienunternehmen

**IVD** Immobilienverband Deutschland  
Bundesverband der Immobilienberater,  
Makler, Verwalter und Sachverständigen

**vdp** Verband deutscher  
Pfandbriefbanken

**ZIA** Zentraler Immobilien Ausschuss

umzusetzen. Kritisch sehen wir die Manipulation des Mietspiegels durch die Ausweitung des Betrachtungszeitraums von 4 auf 6 Jahre. In Deutschland fehlt es nicht an Regulierungen. Es fehlt an Wohnungen.“

**Andreas Ibel, Präsident des BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen:**

„Gegen Wohnraumangel helfen nur mehr Wohnungen. Die Ausweisung von ausreichend Bauland ist der Flaschenhals für mehr bezahlbaren Wohnungsneubau in Deutschland. Eine Ausweisung muss für alle Investorengruppen gelten, nicht nur für einzelne Marktteilnehmer oder zu Höchstpreisen. Außerdem muss schneller Baurecht geschaffen werden. Die Erstellung von Bebauungsplänen dauert derzeit je nach Kommune bis zu acht Jahre. Rechnet man noch zwei Jahre Genehmigungs- und Vorbereitungszeit dazu, rollen die Bagger erst nach zehn Jahren. Wenn wir bezahlbaren Wohnungsneubau in Deutschland schaffen wollen, müssen wir verlässlich planen und schneller bauen können. Das ist derzeit nicht möglich!“

**Wolfgang D. Heckeler, Präsident Dachverband Deutscher Immobilienverwalter (DDIV):**

„Für bezahlbares Wohnen reicht es nicht aus, neue Mietwohnungen zu bauen. Wir müssen auch die Attraktivität des Wohnungseigentums weiter erhöhen. Neben staatlichen Förderungen spielt hier mehr Verbraucherschutz eine signifikante Rolle. Dafür sind zwei Aspekte existenziell: eine umfassende Reform des Wohnungseigentumsgesetzes und ein Nachweis der Sachkunde für die treuhänderische Verwaltung. Hier muss die Regierung in dieser Legislaturperiode echten Reformwillen zeigen, damit das Wohnungseigentum den angespannten Mietwohnungsmarkt entlasten kann.“

**Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen:**

„Mehr bezahlbarer Wohnraum ist das Gebot der Stunde. Wir begrüßen, dass der Bund die Länder auch nach 2019 bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus unterstützen wird – und dass die Länder zugesagt haben, diese Mittel zweckgebunden einzusetzen. Wichtig ist auch das Bekenntnis Länder zur Harmonisierung der Musterbauordnung und Aufnahme von Typengenehmigungen – das wäre ein deutlicher An Schub für den seriellen Wohnungsbau. Außerdem zeigte sich heute wieder: Wir müssen Stadt und



Land wieder mehr gemeinsam denken. Die Probleme auf dem Wohnungsmarkt können nicht alleine in den Großstädten gelöst werden, die ländlichen Regionen müssen in den Fokus. Der Gipfel ist ein Anfang, jetzt muss sich die Bundesregierung an ihren Taten messen lassen."

**Dr. Andreas Mattner, Präsident des ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss:**

„Die Branche ist bereit zu bauen, das hat sie auf dem Wohngipfel mit ihren zahlreichen Vorschlägen eindrucksvoll belegt. Wir brauchen hierzu aber ein stabiles steuerliches Umfeld für die richtigen finanziellen Impulse für Wohn- und Wirtschaftsimmobilien. Dazu gehört mitunter eine gerechte, administrierbare und aufkommensneutrale Grundsteuer und ein Stopp der aus dem Ruder gelaufenen Grunderwerbsteuer-Rallye der Bundesländer. Hier gibt es völlig falsche Anreize durch den Länderfinanzausgleich, was unter Federführung des Bundes geklärt werden muss. Zu den notwendigen Maßnahmen zählt aber auch eine Anhebung der linearen AfA von zwei auf mindestens drei Prozent und die Verbesserung der Abschreibung energetischer Sanierung.“

**Über die BID**

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, DDIV, GdW, IVD, vdp, und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter [www.bid.info](http://www.bid.info)